

NAMIBIA 2021

Die Polizei wandte wiederholt übermäßige Gewalt an. Die Anwendung langer und unbefristeter Untersuchungshaft wurde durch die Covid-19-Beschränkungen noch verschärft. Geschlechtsspezifische Gewalt war weiterhin weit verbreitet, und LGBTI-Personen wurden diskriminiert. Es gab einen Engpass bei der Versorgung mit Covid-19-Impfstoffen. Die Erdöl- und Erdgasexploration bedrohte die Umwelt und die Lebensgrundlagen der indigenen Völker. Eine Kommission empfahl der Regierung den Erlass von Gesetzen zum Schutz der Landrechte der Vorfahren. Der Präsident wurde in Korruptionsvorwürfe verwickelt.

Exzessive Gewaltanwendung

Im April wurde ein behinderter Mann von Polizeibeamten angegriffen, bevor er und seine Schwägerin wegen Verstoßes gegen die Ausgangssperre von Covid-19 in der Stadt Khorixas festgenommen wurden. Im Juni schoss ein Polizeibeamter in der Polizeistation Rundu auf drei Untersuchungshäftlinge und verletzte sie. Im August erschoss ein Polizeibeamter in der Stadt Lüderitz zwei Menschen, darunter einen Polizisten, und tötete sie.

Rechte der Inhaftierten

Die lange und unbefristete Untersuchungshaft wurde durch die Covid-19-Beschränkungen noch verschärft. Die Anhörungen mehrerer Häftlinge wurden verschoben, da die Strafvollzugsbehörden eine Abriegelung der Gefängnisse anordneten; die Bedingungen in den Haftanstalten und den Arrestzellen der Polizei waren weiterhin schlecht.

Diskriminierung

Rechte von Frauen und Mädchen

Die Abriegelung der Stufe vier des Covid-19 machte das Leben für jene Frauen und Mädchen besonders schwierig, die gezwungen waren, sich mit ihren Missbrauchern zu isolieren. Im Februar gab der Oberste Richter bekannt, dass die Zahl der Gerichtsverfahren wegen häuslicher Gewalt im Jahr 2020 stark angestiegen sei. Im Januar wurde berichtet, dass die Eltern einer Vierjährigen sie mit einem 25-jährigen Mann verheiratet hatten, als sie erst zwei Jahre alt war.

Rechte von LGBTI-Personen

LGBTI-Personen sind nach wie vor einer weit verbreiteten Diskriminierung ausgesetzt. Im April wurde eine Transgender-Frau von der Polizei beschuldigt, ihre Identität vorgetäuscht zu haben, um einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen, und wurde in der Haft transphobisch belästigt.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Recht auf Gesundheit

Im Juli kam es in Namibia zu einer dritten Welle von Covid-19-Infektionen, die durch unzureichende Impfstoffvorräte und eine langsame Impfstoffaufnahme noch verschlimmert wurde. Während der Pandemie wurde der Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten weiter behindert.

Recht auf angestammtes Land

Im Januar veröffentlichte die Untersuchungskommission für das Recht auf angestammtes Land und dessen Rückgabe einen Bericht, in dem die Rückgabe angestammter Landrechte unterstützt wird. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass Landansprüche, die von Gruppen und Einzelpersonen als Rückgabe gefordert werden, unter das umfassendere Konzept der Wiedergutmachung nach internationalem Recht und Menschenrechten fallen. Vor diesem Hintergrund empfahl die Kommission dem Parlament, innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Gesetz über die Geltendmachung von Ansprüchen auf angestammtes Land und die Rückgabe von Land zu verabschieden, unter der Bedingung, dass der Prozess und das Ergebnis mit der Verfassung, dem Völkerrecht und den Menschenrechten vereinbar sind.

Umweltzerstörung

Im August meldete das Welterbekomitee der UNESCO seine Besorgnis darüber an, dass dem in Kanada ansässigen Bergbauunternehmen ReconAfrica Lizenzen für die Ölexploration in ökologisch sensiblen Gebieten im Kavango-Flussbecken im Nordosten Namibias erteilt wurden. Dies geschah, nachdem die Regierung bestätigt hatte, dass die Bohrungen für das Bohrloch 6-1 erfolgreich abgeschlossen worden waren. Umweltaktivisten und die örtliche Bevölkerung organisierten im Laufe des Jahres mehrere Petitionen und andere Proteste gegen die Bohrungen, die jedoch fortgesetzt wurden. Die Arbeiten bedrohten die empfindliche Umwelt und die Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung vor Ort.

Straffreiheit

Im April wurde der Präsident in Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der lukrativen Fischereiindustrie des Landes verwickelt. Beamte wurden beschuldigt, in korrupte Praktiken verwickelt zu sein, für die sie Straffreiheit genießen.